



Ungläubig wandert der Blick der Autofahrer dieser Tage zum Zählwerk an der Zapfsäule. Nun fordern Oppositionspolitiker wie Thorsten Frei, Wahlkreisabgeordneter von hier und Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion, Steuerentlastungen.

Foto: Privat

Frei will eine „Spritpreisbremse“

Energie Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert, den Steueranteil bei Kraftstoffen um mindestens 40 Cent pro Liter zu senken. Das soll Entlastung bringen. *Von Ralf Trautwein*

Die Zapfsäule ist zu einem Symbol geworden für das, was der russische Einmarsch in der Ukraine bislang auch hierzulande angerichtet hat. Vieles wird dramatisch teurer, nicht nur Sprit. Dennoch: An der Zapfsäule wird die Problematik den Menschen besonders bewusst. Deshalb fordern nun Politiker aus der Opposition analog zur „Mietpreisbremse“ eine „Spritpreisbremse“, vorneweg Thorsten Frei, Parlamentarischer Geschäftsführer der Unions-Bundestagsfraktion und damit Sprachrohr der Opposition. Der Abgeordnete von hier meint: „Zwar hat die Bundesregierung bereits einige unserer Forderungen zur Senkung der Energiekosten aufgegriffen. Aber das reicht angesichts der Dynamik der letz-

ten Tage und Wochen vorne und hinten nicht. Um den galoppierenden Preisen entgegenzuwirken, sollten sowohl die Mineralölsteuer als auch die Mehrwertsteuer auf Energie gesenkt werden.“

Ziel der Union sei es, so Frei, den Steueranteil bei Kraftstoffen um mindestens 40 Cent pro Liter zu senken. Der liegt derzeit bei über 50 Prozent des Spritpreises, also in etwa zwischen 1,10 und 1,20 Euro. „Ohne eine solche Steuersenkung würde der Staat an Krieg und Krise auch noch kräftig verdienen“, meint Thorsten Frei.

In der Ampel-Regierung denkt man über mögliche Entlastungen anders. FDP-Finanzminister Christian Lindner erteilt sowohl einem Tempolimit als auch einer vorübergehenden Senkung der

Mehrwertsteuer für Benzin und Diesel, wie Frei sie haben möchte, eine Absage. Die Grünen wollen allen Bürgern ein Energiegeld auszahlen. „Wenn die Union eine sogenannte Spritpreisbremse fordert, dann muss sie sagen, was sie im Haushalt kürzen will“, meint Lindner.

„Die Mineralölsteuer als auch die Mehrwertsteuer auf Energie sollten gesenkt werden.“

Oder sie müsse bekennen, dass sie dafür neue Schulden aufzunehmen bereit sei. Lindners Parteifreund Frank Bonath, Landtagsabgeordneter aus Villingen-

Schwenningen und energiepolitischer Sprecher der FDP im baden-württembergischen Landtag, hatte bereits in der Samstagsausgabe der NECKARQUELLE zur aktuellen Energiekrise einer Neuverschuldung eine konsequente Absage erteilt. Man dürfe nun die Kosten nicht auf kommende Generationen abwälzen, sondern müsse sich vielmehr darauf einstellen, nun an Wohlstand zu verlieren.

Lindner beteuert, dass entgegen der Vermutung vieler der Fiskus durch die steigenden Spritpreise „auch nicht reich“ werde. Müsse man mehr Geld für Sprit ausgeben, komme es zu einer Verschiebung der Mehrwertsteuer, weil die Menschen dann woanders sparen müssten.

Derweil wollen die Koalitionäre von den Grünen ganz ande-

re Wege gehen. Grünen-Chefin Ricarda Lang plädierte für eine schnelle Einführung eines sogenannten „Energiegeldes“. Es solle an alle Bürger gleichermaßen ausbezahlt werden, damit jeder mehr Geld auf dem Konto habe. Davon profitierten Menschen mit wenig Geld am meisten.

Frei drückt aufs Tempo

Derweil drückt Thorsten Frei aufs Tempo; schließlich sind in seinem Wahlkreis Schwarzwald-Baar viele täglich auf das Auto angewiesen. „Wie immer man auch eine Spritpreisbremse ausgestaltet, ob als Steuersenkung oder Rabattmodell, sind das am Ende technische Fragen. Entscheidend ist, dass es schnell ein Signal an die Menschen in unserem Land gibt, dass sie in dieser Energiekrise nicht allein sind.“